

sichts einer überwältigenden Zahl hoch qualifizierter Juristinnen in allen Rechtsgebieten bedauern wir sehr, dass es in den sechs Abteilungen lediglich eine Gutachterin gegeben hat, und unter 16 Referenten tatsächlich nur eine einzige Frau. Eine Vorsitzende, eine stellvertretende Vorsitzende, eine Schriftführerin, und in der Abteilung Arbeitsrecht nicht eine einzige Frau auf dem Podium: das haben mir gestern nicht nur djB-Mitglieder und andere Frauen, sondern auch Männer als durchaus befremdlich geschildert. Die Abteilung Strafrecht mit drei Frauen war demgegenüber geradezu vorbildhaft besetzt. Im Übrigen sind das Zahlen, die bei den viel gescholtenen DAX-Vorständen staatliche und halbstaatliche Eingriffe in die Unternehmensführung zur Folge gehabt haben.

Keine Sorge, wir rufen hier nicht nach dem Gesetzgeber. Wir setzen weiter auf unsere gemeinsamen Vorstellungen und Werte und darauf, dass gerade Juristen die gesamte Rechtsgemeinschaft abbilden, repräsentieren und vor allem gerecht sein wollen.

Lieber Herr Professor Mayen, Ich danke Ihnen und allen Verantwortlichen für diesen wie immer perfekt organisierten djT und die spannenden Themen. Machen Sie unsere Themen auch immer wieder zu Ihren Themen und wir werden gemeinsam unsere Rechtsgemeinschaft weiterentwickeln. In aller Freundschaft.

Sie haben uns ein Grußwort zugesagt, darauf freuen wir und unsere Gäste uns jetzt sehr.

Die europäische Dimension der Forderung nach Gleichberechtigung

Miruna Bucurescu, Linda Walczak

Projektmitarbeiterinnen Deutscher Juristinnenbund e.V. (djB), Berlin

Zweites EWSDGE-Projekttreffen am 16./17. Januar 2015 in Brüssel

Der Deutsche Juristinnenbund e.V. (djB) ist Koordinator des europäischen Projekts „European Women Shareholders Demand Gender Equality“ (www.ewsdge.eu) mit einer Laufzeit von 2014 bis 2016. Am 16. und 17. Januar 2015 versammelten sich das djB-Projektteam, Nationale Projektkoordinatorinnen und Vertreter/innen der Projektpartner zum zweiten Projekttreffen in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union in Brüssel. Sie wurden begrüßt von Dr. Henrike Franz, Leiterin der Landesvertretung. Auch Prof. Dr. Angela Kolb, Ministerin für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt, nahm am Treffen teil.

Auch das zweite Projekttreffen bot die Gelegenheit zum effektiven und lebhaften Austausch untereinander. Die 25 Teilnehmer/innen aus elf EU-Mitgliedstaaten zerbrachen sich gemeinsam den Kopf darüber, wie der EWSDGE-Impuls für mehr Frauen in Führungspositionen europaweit voranzubringen ist. U.a. sprach als Gast Prof. Dr. Viviane de Beaufort, Professorin an der ESSEC Business School in Cergy/ Frankreich, über das unausgewogene Verhältnis zwischen Männern und Frauen in den Führungsgremien und über neue Modelle von Corporate Governance¹. Leena Linnainmaa, die finnische EWSDGE-Koordinatorin, die dem Projekt als Beraterin zur Seite steht, unterstützte die Arbeit insbesondere mit ihrer EWSDGE-Sonderausgabe des finnischen Berichts zur Situation von Frauen in Führungspositionen europä- und weltweit².

Jetzt geht es richtig los

Denn das EWSDGE-Projekt erreicht nun die entscheidende Phase. Bis zu 100 Hauptversammlungen großer börsen-

notierter Unternehmen in den am Projekt beteiligten EU-Mitgliedstaaten werden im 1. Halbjahr 2015 besucht: in Belgien, Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Spanien, Ungarn und dem Vereinigten Königreich.

Die nationalen Leitfäden und der allgemeine Fragenkatalog als Grundlage für die Teilnahme an den Hauptversammlungen waren zum Projekttreffen fast fertig. Der Fragenkatalog, das Formular für die Protokollierung der Antworten auf die Fragen bzw. aller projektrelevanten Daten der Hauptversammlung wurden ein letztes Mal intensiv diskutiert. Die Auswertung dieser Formulare ist wichtig für die Analyse der Situation von Frauenkarrieren in den besuchten großen börsennotierten Unternehmen in Europa, die zum Abschluss des Projektes veröffentlicht und bei einer Konferenz Anfang 2016 in Brüssel präsentiert werden wird.

Die erste Hauptversammlung der Aktion war direkt im Anschluss an das Projekttreffen die der Siemens AG am 27. Januar 2015 in München. Zum Auftakt stellte djB-Präsidentin Ramona Pisal die Fragen an Aufsichtsrat und Vorstand. Schon seit 140 Jahren arbeiten Frauen bei Siemens. Fünf der zwanzig Mitglieder im Aufsichtsrat sind Frauen, zwei davon kommen von Anteilseignerseite. Im Vorstand finden sich künftig unter sieben Mitgliedern wieder zwei Frauen. In den Führungspositionen stagniert der Frauenanteil seit 2013 weltweit bei 15,6 Prozent, deutschlandweit sogar nur bei 12 Prozent mit Zuwachsraten der letzten Jahre in Deutschland von unter

- 1 ESSEC Working Paper 1312, Prof. Viviane de Beaufort, Lucy Summers Women and Corporate Governance: Towards a New Model!, 2013.
- 2 Finland Chamber of Commerce Women Executives Report 2014: Women Executives Stepping Up For More Business Responsibility. Online: <<http://kauppakamari.fi/wp-content/uploads/2014/11/finland-chamber-of-commerce-women-executives-report-2014.pdf>> (Zugriff: 29.01.2015).



▲ Prof. Dr. Renatus *Schenkel*, Vertreter des Projektpartners Hochschule Magdeburg-Stendal, reiste am 21. Januar 2015 mit 12 Studierenden seines Seminars nach Berlin, um mit djB-Präsidentin Ramona *Pisal* und den Mitarbeiterinnen aus dem Projektbüro über Öffentlichkeitsarbeit und Evaluation zu diskutieren sowie Strategien zu entwickeln (Foto: LW/djb).



▲ Zweites Projekttreffen in Brüssel mit 25 Teilnehmer/innen aus 11 EU-Mitgliedstaaten. Prof. Dr. Viviane *de Beaufort* (2. von links) spricht über die Situation in Frankreich (Foto: LW/djb).

einem Prozentpunkt.³ Damit liegt Siemens durchaus im Trend: Das aktuelle Managerinnenbarometer des DIW beobachtet insgesamt einen „Ritt auf der Schnecke“.⁴ Ramona Piscal forderte die Verantwortlichen im Aufsichtsrat und Vorstand von Siemens dazu auf, die Frauen von der Einstellung an über alle Karrierestufen ebenso in den Blick nehmen wie sie die männliche Karriere begleiten.

Auch die anderen EWSDGE-Projekt Koordinatorinnen sind nun dabei, den Rahmenfragebogen an die jeweilige nationale Situation anzupassen oder haben dies bereits getan. Die Situation in den Mitgliedstaaten ist durchaus unterschiedlich, so dass die Fragen umzuformulieren sind. In einigen Mitgliedstaaten gibt es etwa eine umfangreiche gesetzlich festgelegte Berichterstattung zu Diversity, wie z.B. in Frankreich. In anderen Mitgliedstaaten fehlt bislang die gesetzliche Verpflichtung, wie z.B. in Deutschland. Da jedoch Unternehmen von bestimmter Größe in der Europäischen Union von 2017 an nach der neuen europäischen CSR-Richtlinie⁵ in ihren Lageberichten Angaben zu sozialen und Arbeitnehmerbelangen einschließen müssen, fragen die Aktionärinnen auch danach, wie die Unternehmen die Anforderungen aus dieser Richtlinie umsetzen wollen. Dann sind unterschiedliche Kulturen zu berücksichtigen. Was in Deutschland bei Aktionärsversammlungen direkt gefragt werden kann, geht z.B. in Spanien nicht. Alle Nationalen Projektkoordinatorinnen halten sich jedoch an den Rahmenfragebogen, der drei Bereiche umfasst: (1) Aufsichtsrat/Vorstand, (2) Führungspositionen und (3) einschlägige Unternehmenspolitik. Das ist wichtig für die Vergleichbarkeit der Antworten und deren Analyse.

Weiterhin steht die praktische Organisation und Durchführung der Hauptversammlungsbesuche im Fokus. Zur Vorbereitung werden in den beteiligten EU-Mitgliedstaaten Workshops durchgeführt, damit sowohl diejenigen, die bei den Hauptversammlungen fragen, als auch diejenigen, die protokollieren, optimal vorbereitet sind.

Weites Feld Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit spielt eine große Rolle. Zum Projekttreffen waren daher auch eine Studentin und ein Student nach Brüssel gekommen, die den Projektpartner Hochschule Magdeburg Stendal vertraten. Wichtig war auch das Presse-Hintergrundgespräch im Anschluss an den ersten Sitzungstag. Den dazu von djB-Vizepräsidentin Margarete Hofmann über ihr Brüsseler Netzwerk geladenen Journalistinnen ermöglichte es einen persönlichen Eindruck von den Protagonistinnen des Projekts und ihren Zielen. Die vier Journalistinnen gaben zudem wertvolle Hinweise in Sachen Öffentlichkeitsarbeit über soziale Netzwerke. Am zweiten Sitzungstag wurde so dann lebhaft über die Medienpräsenz des Projekts und über Online-Instrumente, wie u.a. Twitter, LinkedIn und Facebook, diskutiert.

Der „European Launch“ des EWSDGE-Projekts ist im Rahmen der Konferenz der Europäischen Juristinnenvereinigung (EWLA) vom 5. bis 7. März 2015 in Lille⁶ geplant. Vorgesehen ist eine Pressekonferenz u.a. mit EWLA-Präsidentin Prof. Dr. Jackie Jones, University of the West of England, Bristol (UWE).

3 Statusbericht 2013: Frauen in Führungspositionen. Entwicklungen und Zielsetzungen der 30 DAX-Unternehmen von Juni 2014.

Online: <[http://www.arbeitgeber.de/www/arbeitgeber.nsf/res/Dax-30_Frauen_in%20Fuehrungspositionen.pdf/\\$file/Dax-30_Frauen_in%20Fuehrungspositionen.pdf](http://www.arbeitgeber.de/www/arbeitgeber.nsf/res/Dax-30_Frauen_in%20Fuehrungspositionen.pdf/$file/Dax-30_Frauen_in%20Fuehrungspositionen.pdf)> (Zugriff: 27.1.2015).

4 DIW Wochenbericht Nr. 4, 2015, S. 70. Online: <http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.495360.de/15-4-3.pdf> (Zugriff: 27.1.2015).

5 Richtlinie 2014/95/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 zur Änderung der Richtlinie 2013/34/EU im Hinblick auf die Angabe nichtfinanzieller und die Diversität betreffender Informationen durch bestimmte große Unternehmen und Gruppen. Online <<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32014L0095&from=DE>> (Zugriff: 30.1.2015).

6 Online: <<http://www.ewla.org/>> (Zugriff: 28.1.2015).

27.1.2015: Prostituiertenschutz geht anders: Offener Brief an die Politik

Dr. Maria Wersig

Vorsitzende der djB-Kommission Recht der Sozialen Sicherung, Familienlastenausgleich, Berlin

In einem gemeinsamen Offenen Brief vom 27. Januar 2015 (http://www.djb.de/static/common/download.php/save/1761/150127_Offener_Brief-ProstSchG.pdf, Zugriff: 30.1.2015) an die Bundeskanzlerin, die Bundesfrauenministerin und die Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag haben sich sieben Frauen- und Sozialverbände, sowie Beratungsstellen für Prostituierte und Opfer von Menschenhandel gegen die Einführung regelmäßiger gesundheitlicher Pflichtuntersuchungen, einer Anmeldepflicht

und eines Mindestalters von 21 Jahren für Prostituierte ausgesprochen.

Unterzeichnende sind:

- Deutsche AIDS-Hilfe e.V.
- Deutscher Frauenrat e.V. (DF)
- Deutscher Juristinnenbund e.V. (djB)
- Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband
- Dortmunder Mitternachtsmission e.V.
- Evangelische Frauenhilfe in Westfalen e.V. mit ihren Beratungsstellen Nadeschda für Opfer von Menschenhandel und den Prostituierten- und Ausstiegsberatungen Theodora und Tamar
- Frauentreff Olga, Berlin